



Bayern gestalten – sozial und gerecht!

Die Umverteilungspolitik der letzten Jahre trägt Früchte – materiell und dann auch in der Wahrnehmung der Menschen. Die reichsten Deutschen besitzen fast zwei Drittel des Volksvermögens, während die Hälfte der Bürger so gut wie nichts besitzt. Auf die Frage, ob es in Deutschland gerecht zugehe, haben über 50 Prozent mit „Nein“ geantwortet.

Diese Einseitigkeit kann und muss überwunden werden – durch eine andere Politik, die Menschen Chancen bietet, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt und die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen verbessert. Die neue Bayerische Staatsregierung hat die Aufgabe, Bayern sozial und gerecht zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt der DGB Bayern Anforderungen in ausgewählten Bereichen an die Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Beckstein am 15/11/2007.

Wirtschaft entwickeln – Menschen fördern

Grundlage für eine aktive und erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist es, die industrielle Basis sowie die wertschöpfenden Dienstleistungen zu stärken und zu entwickeln. Das Ziel, vergleichbare Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, hat für den DGB oberste Priorität. Die bisherige Clusterpolitik der Bayerischen Staatsregierung ist zu stark technikzentriert und vernachlässigt die Qualifikation der Beschäftigten. Zudem dürfen Cluster nicht nur die Stärken der Ballungsräume stärken, sondern sie müssen in ein Konzept zur Entwicklung aller Landesteile eingebettet sein.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten, fordert der DGB:

Verstärkte Investitionen der öffentlichen Hand in zukunftsnotwendige Bereiche wie ÖPNV, Sanierung von Wasser und Kanal oder Breitbandversorgung im ländlichen Raum.

Erarbeitung von regionalen Entwicklungskonzepten zur Stärkung und Verbesserung der Qualifikationen und Überwindung regionaler Qualifikationsdisparitäten. Dies ergänzt die Clusterpolitik um die notwendige Erhöhung der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten.

Investitionen zur Verbindung von Umwelt und Arbeit: Energetische Sanierung des Wohnungsbestandes dient sowohl der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch nachhaltiger Umweltpolitik. Notwendig ist dazu die Veränderung gesetzlicher Vorgaben aber auch die öffentliche Förderung im Mietwohnungsbereich.

Sozial ist, was gute Arbeit schafft

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen auch in Bayern stark zu. Ein Großteil der neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind Leiharbeitsplätze. Gemeinsam haben alle diese Jobs zunehmende Unsicherheiten der Beschäftigten und oftmals ein Einkommen das nicht mehr zum Leben reicht.

Im Niedriglohnsektor haben 2/3 der Beschäftigten eine Berufsausbildung. Trotzdem reicht der Lohn oftmals nicht zum Leben. Eine Floristin in Bayern bekommt 5,94 Euro in der Stunde, ein Angestellter im Gartenbau erhält 5,41 Euro, ein Arbeitnehmer in der Systemgastronomie 5,98 Euro.

Nach wie vor nicht ausreichend gelöst ist das Problem des Lohndumpings bei Vergaben der öffentlichen Hand und zwar über den Baubereich hinaus.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten fordert der DGB:

Die Weiterentwicklung des bayerischen Vergabegesetzes durch ein Bayerisches Tariftreuegesetz, das den Geltungsbereich erweitert und Sanktionen einführt.

Die Staatsregierung soll sich für einen Mindestlohn einsetzen, der bei 7,50 Euro pro Stunde liegt.

Die Beschäftigten wollen gute, qualifizierte Arbeit. Deshalb soll die Staatsregierung zusammen mit dem DGB „Gute Arbeit“ auf die Tagesordnung setzen und eine Initiative dazu ins Leben rufen.

Zukunft durch den öffentlichen Dienst

Durch die Föderalismusreform I ist die Kompetenz für das Beamtenrecht weitestgehend auf die Länder übertragen worden. Damit kommt der Bayerischen Staatsregierung eine erweiterte Verantwortung zu.

Ziel muss es sein, den öffentlichen Dienst weiterzuentwickeln, damit er seine Aufgaben mit motivierten Beschäftigten effizient und bürgernah erledigen kann.

Auf dem Rücken der Beamten ist in den letzten Jahren zuviel ausgetragen worden. Sie dürfen nicht weiter abgekoppelt werden.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten, fordert der DGB:

Den Gleichklang zwischen Tarifpolitik und Besoldung unter Beachtung und Wahrung der Tarifautonomie

Die aufgabengerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes mit Personal und Sachmittel zur effektiven Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Verhandlungsrechte für Beamte und den Ausbau der Mitbestimmung.

Beschäftigte stärken und Qualifikationen zukunftssicher machen

Die Wirtschaft in Bayern beklagt fehlende Fachkräfte. Dennoch wird seitens der Unternehmen zu wenig getan, Beschäftigte für neue Aufgaben zu qualifizieren. Die Weiterbildungsquote (Anteil der Beschäftigten mit Weiterbildung an allen Beschäftigten) liegt im wirtschaftlich starken Bayern bei 22 Prozent und ist damit niedriger als im kränkelnden Osten.

Gleichzeitig verlagern bayerische Unternehmen die Kosten für Weiterbildung auf die Beschäftigten: Im Freistaat übernehmen nur 63 % der Betriebe die Kosten für Weiterbildung vollständig (Westdurchschnitt: 72%); umgekehrt werden in 23 % der bayerischen Betriebe die Weiterbildungskosten allein von den Beschäftigten getragen (Westdurchschnitt: 16%).

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten, fordert der DGB:

Um „lebenslanges Lernen“ zur gelebten Wirklichkeit werden zu lassen, brauchen auch bayerische Beschäftigte ein länderspezifisches Weiterbildungsgesetz. Dazu startet die Bayerische Staatsregierung auf der Grundlage der bereits vor Jahren getroffenen Einigung für ein „Maßstäbengesetz zur Weiterbildung“ eine neue Initiative.

Gerade bildungsferne Schichten drohen aufgrund fehlender Qualifikation von der gesellschaftlichen Entwicklung immer weiter abgehängt zu werden. Um dies zukünftig zu vermeiden, wird das Nachholen von Schulabschlüssen intensiv gefördert und ausgebaut. Dabei müssen vor allen Dingen neue pädagogische Konzepte und ausreichende finanzielle Förderung in den Mittelpunkt gestellt werden.

Weiterbildung ist auch eine öffentliche Aufgabe. Um sie zu fördern, etabliert die Bayerische Staatsregierung Weiterbildungsberatung/ Laufbahnberater an Schulen und öffentlichen Einrichtungen.

Ausbildung ist Zukunft

Die berufliche Erstausbildung ist für das Gros der jungen Menschen in Bayern immer noch die Voraussetzung für den Aufbau eigener Zukunftschancen und eines eigenständigen Lebens. Umso dramatischer ist es, wenn Jugendliche nach ihrem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz finden.

In ganz Bayern ist die Zahl der sog. Altbewerber gestiegen, gegenwärtig liegt sie schon bei ca. 40%. Die regionalen Ungleichheiten in der Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt verschärfen sich, insbesondere Nordbayern ist, trotz höherer Ausbildungsquote als in Südbayern, von fehlenden Berufsausbildungsstellen geprägt.

Die Maßnahmen des Übergangssystems zwischen Schule und Ausbildung sind zum Teil zu Recht als „Warteschleifen“ zu bezeichnen, die einer konsequenten und aufeinander abgestimmten Qualifizierung der Jugendlichen nicht gerecht werden.

Besonders betroffen von dieser Situation sind Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten, fordert der DGB:

Die Staatsregierung muss die eigene Ausbildungsleistung deutlich erhöhen. Dabei ist die Zielmarke die Erhöhung der Ausbildungsquote des Freistaates auf 7 % in den nächsten vier Jahren.

Die Staatsregierung soll auf eine angemessene finanzielle Beteiligung der bayerischen Wirtschaft an der Verbesserung der Ausbildungssituation hinwirken. Ein gerechte Verteilung der Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben innerhalb der zuständigen Kammern erscheint uns als geeignete Lösung.

Bestehende Modellprojekte für Jugendliche ohne Ausbildung (JoA) sollen ausgebaut und auf ganz Bayern ausgedehnt werden. Dabei bedarf es besonderer Maßnahmen zur Qualifizierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Mittel der BA für außerbetriebliche Ausbildungsstellen sind aufzustocken und die Plätze auszuweiten.

Gute Bildung für alle eröffnet Lebensperspektive

Bayern schneidet bei den PISA-Ländervergleichen sehr gut ab. Dies ist allerdings kein Anlass zur Beruhigung. Bayern hat die größte soziale Auslese zu verzeichnen. Die Kinder von Akademikern haben eine um 10 Mal höhere Chance das Abitur zu machen als die Kinder von Facharbeitern. Eine solche soziale Wasserscheide ist unvereinbar mit der Entwicklung zur Wissensgesellschaft.

Wer qualifizierte Spitzenkräfte will, muss die soziale Kluft einebnen und allen eine Chance auf ein Studium geben. Gegenwärtig nehmen 83 % der Kinder aus Akademikerfamilien ein Studium auf, aber nur 17 % aus Arbeiterfamilien. Studiengebühren verschärfen diese Diskriminierung noch.

Kinder erleben vielfältige Grenzen auch und gerade in der Bildung: materielle, vor allem die rund 130.000 unter 15 Jahren, die von Sozialgeld leben müssen, aber auch eine immer stärkere Auslese.

Dabei gilt mehr denn je: Demokratische Beteiligung und individuelle Freiheit sind und bleiben mit der Forderung nach einer umfassenden Bildung verbunden. Bildung ist mehr als ein bloßer Standortfaktor für die Wirtschaft und deren Verwertungsinteressen.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten, fordert der DGB:

Kinder aus ALG-II-Bedarfsgemeinschaften brauchen besondere Unterstützung, um Bildungsarmut nicht weiter zu vererben. Die Staatsregierung legt einen Schulmittelfonds auf, um diese Kinder beim Schulbedarf oder mit einem kostenlosen Schulmittagessen zu unterstützen. Mit diesen ersten Schritten kann der enge Zusammenhang zwischen Armut der Eltern und Bildungsarmut der Kinder aufgebrochen werden.

Die rhythmisierte Ganztageschule und damit die Verbesserung der individuellen Förderung muss flächendeckend eingeführt werden.

Das Ziel ist eine Gute Schule für alle. Sie muss allen Kindern Chancen gewähren und darf Talente nicht durch weitere Segmentierungen und Ausdifferenzierungen vergeuden. Sie braucht kleinere Klassen mit maximal 20 Schülern insbesondere in unteren Jahrgangsstufen und ausreichend Lehrer, damit individuelle Förderung überhaupt erst möglich ist.

Wer das unsoziale Büchergeld zu Recht zurück nimmt, muss den nächsten Schritt mit der Rücknahme der Studiengebühren folgen lassen. Damit ist auch die Chance eröffnet, mehr studierte Fachkräfte zu bekommen, die die Wirtschaft braucht.

We are familiy

Familien zu fördern und zu unterstützen, die Gesellschaft und die Arbeitswelt familienfreundlich zu gestalten sind wichtige Ziele. Entscheidende Stellschrauben um Familie und Arbeit besser vereinbaren zu können sind die öffentlichen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und eine familienfreundliche Erwerbsarbeit.

Der Ausbau eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungssystems ist für die Sozialisation der Kinder und die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen notwendig. Hier gibt es in Bayern deutlichen Handlungsbedarf:

Bei den unter 3jährigen Kindern weist Bayern eine Betreuungsquote von 8,2 % aus. Dabei verdecken diese Durchschnittszahlen die großen regionalen Unterschiede; Die Stadt Coburg liegt mit einer Quote bei den unter 3jährigen mit 20,2 % an der Spitze, an letzter Stelle liegen die Landkreise Ostallgäu und Straubing-Bogen mit 1,8 %.

Familien brauchen Planungssicherheit. Grundlage dafür sind neben den Betreuungseinrichtungen sichere Arbeitsplätze und eine Entlohnung, die die familiäre Existenz gewährleistet.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten fordert der DGB:

Die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen müssen zu einem flächendeckenden und ganztägigen Angebot auf- und ausgebaut werden. Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen muss überall in Bayern auf über 30 % kommen.

Familien, gerade mit kleinen Kindern, müssen finanziell entlastet werden. Der Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen ist zukünftig kostenfrei möglich.

Einrichtungen der Familienberatung und der Familienerholung sind bedarfsgerecht finanziell zu fördern und die Jugendsozialarbeit zur Unterstützung der Familien ist weiterzuentwickeln und die Finanzierung zu sichern.

Daneben ist für die Planungssicherheit gerade junger Familien eine Arbeitsorganisation und -gestaltung unabdingbar, die sich am Familienleben orientiert. Dazu gehören auch sichere Beschäftigungsverhältnisse und ein gutes Einkommen. Angriffe auf Kündigungsschutz oder die Ablehnung eines Mindestlohnes stehen gegen eine planbare Familienpolitik.

Demografische Herausforderungen meistern

Die Solidarität zwischen den Generationen zu erhalten und auszubauen, ein würdevolles Leben im Alter, frei von Altersdiskriminierung und Altersarmut, und eine gleichberechtigte Teilhabe von Senioren am gesellschaftlichen und politischen Leben sind wichtige Ziele. Übrigens nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch um die demografische Entwicklung sozial und gerecht zu gestalten.

In unserer Gesellschaft herrscht nach wie vor die Ansicht, dass Altern vor allem mit Defiziten verbunden ist. Diese Ansicht ist falsch. Viele Ältere sind bis ins hohe Alter aktiv. Zudem bringen ältere Menschen ein reiches Maß an Erfahrung und Wissen mit, auf das die Arbeitswelt und die Gesellschaft angewiesen sind.

Allerdings darf natürlich nicht übersehen werden, dass die steigende Lebenserwartung zwangsläufig ein höheres Risiko bedeutet, pflegebedürftig zu werden.

Zunehmend sind Senioren im Alter (wieder) arm.

Altersarmut zu vermeiden und die Qualität der Pflege zu verbessern sind daher wichtige Ziele. In den nächsten Jahren besteht in den über 750 Heimen der Wohlfahrtspflege ein Sanierungsbedarf von rund 172 Millionen Euro, der über die Verbände allein nicht gedeckt werden kann.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten fordert der DGB:

Die finanzielle Unterstützung für pflegebedürftige Sozialhilfeempfänger muss ausgebaut werden, damit sie nicht von medizinischer und pflegerischer Qualität abgekoppelt werden.

Über ein Investitionsprogramm sollen die kommunalen und freien Träger von Alten- und Pflegeheimen in die Lage versetzt werden, die Heime zu modernisieren um den Bedarf auch qualitativ und quantitativ decken zu können.

Die Qualität der Pflege muss in den Mittelpunkt gerückt werden. Dazu gehören die Anhebung der Fachkraftquote auf 50 % des Pflegepersonals in der stationären und teilstationären Pflege und ein Umlageverfahren unter Altenpflegeeinrichtungen einzuführen, um die Kosten für die Ausbildungsvergütung auf die Schulter aller Heimträger zu verteilen.

Alle bayerischen Beschäftigten sollen die Möglichkeit haben, unabhängig von der Betriebsgröße Pflegezeit und eine kurzfristige Freistellung nehmen zu können. Dazu gehört auch, dass diese Freistellungen mit Steuermitteln für die Pflegeversicherung flankiert werden.

Die Basis der Freiheit und der Individualität – der Sozialstaat

Der entwickelte Sozialstaat ermöglicht für die Mehrzahl der Menschen ein selbstbestimmtes, freies und sicheres Leben. Er prägt damit die Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung ganz entscheidend.

Die soziale Daseinsvorsorge wird sowohl über die Leistungen der Sozialversicherungen als auch über staatliches und kommunales Handeln geprägt. Aufgabe der Landespolitik ist es daher, sich für einen umfassenden, solidarischen, an der Würde des Menschen orientierten Sozialstaat einzusetzen. Dies gilt gerade zukünftig deshalb, weil auch in Bayern der Staat sich immer weiter aus der Finanzierung sozialer Leistungen zurückgezogen hat und auch Teile bisheriger sozialer, also gesellschaftlicher und öffentlicher Aufgaben dem Wettbewerb überlassen hat.

Um Bayern sozial und gerecht zu gestalten fordert der DGB:

Der Eckregelsatz für die Sozialhilfe muss erhöht werden, um ein Leben in Würde gewähren zu können. Gleiches gilt für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II.

Bayern braucht einen „Armutbeauftragten“, der alle staatlichen Maßnahmen darauf überprüft, ob sie Armut befördern oder helfen, Armut abzubauen.

Per Gesetz müssen Banken und Versicherungen verpflichtet werden, sich als Mitverursacher von Verschuldung auch an den Kosten der Schuldnerberatung zu beteiligen. Dies gilt auch

für die Teile des Handels, die auf der Basis von Ratenkrediten und langfristigen Vertragsbindungen Geschäfte abschließen und damit Menschen in die Schuldenfalle treiben.

Der zweite Bayerische Armutsbericht soll noch vor Ende dieser Legislaturperiode veröffentlicht werden. Bayern braucht eine klare Bestandsaufnahme der sozialen Realität. Daraus müssen dann notwendige Maßnahmen zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur und zur Prävention von Armut gezogen werden.